

- **Offener Brief an den Vorstand und die Mitglieder des Verwaltungsrats der Sparkasse Bielefeld**

Sehr geehrte Damen und Herren

wenn Sie morgen, am Freitag, den 26 Mai tagen, beraten Sie vielleicht auch noch einmal die angekündigte Erhöhung der Kontoführungsgebühren und den Geltungsbereich des sogenannten „Sozialkonto“. In dieser Sache bitten wir um Ihre Aufmerksamkeit.

Für uns ist das Wirken der Sparkasse Bielefeld Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Dazu gehört nach unserer Vorstellung auch ein ausreichend großes Filialnetz, auf das insbesondere ihre ältere Kundschaft angewiesen ist. Wir wissen, dieser Service hat gegenüber Online-Angeboten im Finanzdienstleistungsbereich seinen Preis. Entsprechend ist es verständlich, dass die Sparkasse für ihre Kontoführung angemessene Gebühren verlangt.

Allerdings ist der nun geplante Gebührenanstieg hinsichtlich Höhe und Zeitpunkt für viele Betroffene eine finanzielle und somit soziale Herausforderung. Steigende Preise für Energie, Lebensmittel, Mieten, um nur einige Lebenshaltungskosten zu nennen, machen vielen Bürger*innen aktuell schwer zu schaffen.

In dieser Situation, deren Ende nicht absehbar ist, die monatlichen Kosten für ein Privatgirokonto von 7,90 Euro auf 10,90 Euro – um knapp 40% - durchgehend zu erhöhen, erscheint uns nicht akzeptabel und erzeugt vielfach Unmut. Dies wird auch ihnen nicht entgangen sein!

Wir bitten Sie als Verwaltungsratsmitglieder, diese Preispolitik noch einmal zu überdenken!

Das bisherige „Privatgirokonto Sozial“ für 2 € monatliche Gebühr soll offenbar unverändert bestehen bleiben, was wir begrüßen. Es soll jedoch weiterhin nur für Bezieher*innen von Grundsicherung im Alter (SGB XII) gelten.

Wir fragen: Warum nur für diese spezielle Gruppe und nicht auch für weitere Sozialleistungsbeziehende?

Wir appellieren: Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass das vorhandene „Privatgirokonto Sozial“ allen Bielefeld-Pass-Berechtigten zugänglich gemacht wird!

Voraussetzung für den Bielefeld-Pass ist der Bezug von Sozialleistungen. Ist Ihnen bekannt, dass beim „Bürgergeld“ (ehemals Hartz IV) nur 2,88 € monatlich für Finanzdienstleistungen vorgesehen sind? Die Sparkasse Bielefeld würde künftig fast das 4-fache verlangen, wenn die vorgesehene Steigerung der Kontogebühr greift. Das bedeutet aber auch für Betroffene, dass bei anderen Ausgaben wie z.B. beim Essen gespart werden muss.

Auswirkungen wie diese sollten in ihrem Focus stehen! Immerhin ist die Sparkasse Bielefeld laut Sparkassengesetz NRW den „wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreisen“ verpflichtet.

DIE LINKE Bielefeld fordert entsprechend die Sparkasse Bielefeld auf, die Erhöhung der Kontogebühren auf einen angemessenen Satz zu reduzieren und das „Privatgirokonto Sozial“ für alle Bielefeld-Pass-Inhaber*innen zugänglich zu machen!

Für DIE LINKE Bielefeld
Brigitte Stelze und Dr. Onur Ocak

Bielefeld, den 25.5. 2023